



SYFEL

Syndicat des Fabriques d'église du Luxembourg a.s.b.l. RCS n° F 10322

syfel@syfel.lu

✉ 15, am Duerf

L-7651 Heffingen

CCPL LU08 1111 7035 7433 0000

Pressecommuniqué vom 30. November 2016

Das SYFEL teilt mit, dass bislang insgesamt 90 Kirchenfabriken eine Resolution verabschiedet haben, in welcher sie bzgl. des Gesetzesentwurfes N° 7037 u.a. festhalten, dass

- sie vorab nicht konsultiert wurden,
- mehrere innenministerielle Rundschreiben zu einem Gesetzesvorhaben versandt wurden, bevor das Parlament Einsicht in besagtes Vorhaben hatte,
- ihre Eigentumsrechte verletzt werden,
- sie juristische Personen sind und sie sich gegen ihre Abschaffung wehren,
- sie sich ebenfalls der Enteignung ihrer Güter widersetzen.

Zur Verteidigung ihrer Besitzrechte berufen sich die Kirchenfabriken in der Resolution auf das erste beigefügte *Protokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention* (Art. 1), die *Luxemburgische Verfassung* (Art. 16, 17) und den *Code civil* (Artikel 544, 545).

Gegen das Vorhaben ihrer Auflösung führen die unterzeichneten Kirchenräte neben der *Luxemburgischen Verfassung* (Art. 26) und der *Europäischen Menschenrechtskonvention* (Art. 9, 11, 12) ebenfalls den *Internationalen Pakt über die zivilen und politischen Rechte* (Art. 2, 14, 18, 22, 26, 27) sowie die *Europäische Charta für Grundrechte* (Art. 10, 12, 17, 20, 21) an.

Des Weiteren wird in der Resolution ebenfalls auf den geplanten Verstoß gegen die Gemeindeautonomie (Art. 107 der Verfassung) und die völlig fehlenden objektiven Ziele der geplanten Gesetzgebung hingewiesen.

Die besagten 90 Resolutionen wurden an *das Erzbistum, das Kultusministerium, das Innenministerium, die Abgeordnetenkammer, den Staatsrat, die Nuntiatur, das Europäische Parlament, die Venedig-Kommission, die Europäische Kommission, das Hochkommissariat für Menschenrechte und die Parlamentarische Versammlung des Europarates* versandt, mit der Bitte entsprechende Schritte in der jeweiligen Institution gegen die bereits vollzogenen und die geplanten Unrechtmäßigkeiten zu unternehmen bzw. von deren Umsetzung abzusehen.

In einem nächsten Schritt wird den erteilten Mandaten von bislang über 100 Kirchenfabriken Folge geleistet, um zivilrechtlich gegen die am 26.1.2015 von Innenminister Dan Kersch und Erzbischof Jean-Claude Hollerich unterzeichnete Konvention vorzugehen.